

# Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Verlagspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Postlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark auschl. Postlohn. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stüdtgen & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Jahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Jahn, beide Spandau.

## General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

### Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage  
Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neudorfer Straße 101.  
Kernru: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Anz. Zeitung“, „Spand. Roman-Zeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“, „Reise u. Verkehr“, 14-täglich: „Techn. Rundschau“, „Film“.

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Kolonelle oder deren Raum 86 Pf., die dreigespaltene Zeile 1,80 Mk. Die Beilagegebühr beträgt 20 Pf. für das Laufend, die Dierengebühr 30 Pf. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gebühr übernommen. — Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank, Depositen-Kasse Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau. — Postfachkonto: Berlin NW 7 Nr. 1707.

Nummer 139.\*

Mittwoch, 17. Juni 1931.

38. Jahrgang.

# Kabinett Brüning bleibt.

## Auch kein Zusammentritt des Haushaltsausschusses.

### Ueberwundene Gefahr.

Um Haaresbreite ist das Kabinett Brüning und mit ihm die deutsche Politik an einer Krise vorbeigekommen, die zu allen anderen Bedrängnissen, unter denen die Nation leidet, schwere innere und äußere Erschütterungen hinzugefügt hätte. Unter dem Eindruck der Notverordnung und der neuen Diskontierung der Reichsbank haben in diesen Tagen manche sonst ruhige Leute das oft gebrauchte Wort wiederholt, daß ein Ende mit Schrecken besser sei, als ein Schrecken ohne Ende. Wer in diesen Tagen stärkster politischer Spannung naher Zeuge der vielfachen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien war, vor allem in den entscheidenden Stunden am Dienstag, wird trotzdem zu der Ansicht neigen, daß alle Beteiligten am Abend befreit aufatmeten, als der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion bekannt wurde, auf die Berufung des Haushaltsausschusses des Reichstages zu verzichten. Nachdem mittags bereits mit den Stimmen fast aller Regierungsparteien und der Sozialdemokraten der Antrag auf Einberufung des Plenums abgelehnt war, hatte der Kanzler zwar einen beträchtlichen Achtungserfolg zu verbuchen, aber die Gefahrenzone war noch nicht ganz durchschritten, weil die Sozialdemokratie für die Abwendung des Vorkessens den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses angekündigt hatte. Verhandlungen, die im Laufe des Nachmittags zwischen den sozialdemokratischen Führern und Dr. Brüning stattfanden, ergaben dann die wohl von beiden Seiten erhoffte Einigung: Dr. Brüning sagte den Sozialdemokraten in verbindlicher Form als bisher zu, daß er alsbald in Verhandlungen über Änderungen der Notverordnung eintreten werde, und daraufhin verzichteten die Sozialdemokraten in der Abweisung des Vorkessens darauf, ihren angekündigten Antrag formell einzubringen. Da für einen Antrag gleichen Inhalts, den nunmehr die Kommunisten vorlegten, nur diese selbst, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen eintraten, hinter denen nur 225 Abgeordnete stehen, galt er als abgelehnt. Damit war die Krise formell überwunden.

In dem Kampf um die Notverordnung, der nunmehr fürs erste entschieden ist, gibt es, wenn man die Walfahrt unparteiisch betrachtet, keine Sieger und keine Besiegten. Die Parteien, die, wie die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, von Anfang an die Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung verlangt hatten, sind mit diesen Forderungen gewiß nicht durchgedrungen; aber der Block der 225 Stimmen, der hinter ihnen steht, fiel doch bei den Entscheidungen, die jetzt getroffen wurden, erheblicher ins Gewicht. Wenn sich Dr. Brüning bereit erklärt hat — gegenüber der Deutschen Volkspartei ebenso wie gegenüber den Sozialdemokraten — möglichst bald Korrekturen an der Notverordnung vorzunehmen, so sah er sich zu diesen Zugeständnissen genötigt, weil er andernfalls eine Mehrheitsentscheidung im Vorkessensrat und im Reichstag gegen sich riskiert hätte. Und wenn er, wie die Erklärung der Deutschen Volkspartei feststellt, auch für die Umbildung des Kabinetts in absehbarer Zeit einige Bindungen eingegangen ist, über die man heute im einzelnen noch nichts weiß, so geschah es wiederum unter dem Druck der drohenden Krise. Dafür hat der Kanzler im Grundföhligen, in der Vermeidung der Reichstagsberufung, seinen Willen voll durchgesetzt und sich für die nächste Zeit wieder Handlungsfreiheit in der inneren und auswärtigen Politik gesichert. Der Preis, den er dafür bezahlte, besteht darin, daß er für seine weitere Fahrt im Feld der deutschen Politik Verpflichtungen auf sich genommen hat, deren Einlösung nicht leicht sein wird.

In dem Aufruf, den die Reichsregierung zugleich mit der Notverordnung erließ, waren zwei feierliche Ankündigungen enthalten: Die Notverordnung vom 5. Juni sollte die letzte in diesem Staatjahre sein, sie sollte der Nation weitere Opfer zur Sanierung der öffentlichen Haushalte ersparen. Ferner versprach die Regierung, in absehbarer Zeit eine neue Lösung der Reparationsfrage energisch in Angriff zu nehmen, die die Last des Youngplans fühlbar erleichtern sollte. Das sind die beiden ersten Verpflichtungen, für die das Kabinett Brüning in den kommenden Monaten geradegehen muß. Die Lage der Krise, die jetzt hinter uns liegt, haben weitere Belastungen hinzugefügt. Daß die Notverordnung in ihrem sozialpolitischen wie in ihrem finanzpolitischen Teile (Krisensteuer) bedenkliche

Mängel enthält, die ohne Beeinträchtigung des finanziellen Gesamterfolgs beseitigt werden können, davon wird sich die Regierung in den letzten zehn Tagen wohl selbst überzeugt haben. Aber die Aufgabe, diese Änderungen in Verhandlungen mit den Parteien vorzunehmen, ist wegen der sich vielfach widersprechenden Wünsche immer noch ungeheuer schwierig. Trotzdem muß sie beschleunigt in Angriff genommen werden. Nicht weniger Kopfzerbrechen wird Dr. Brüning die Forderung der Deutschen Volkspartei nach Umbildung des Kabinetts verursachen. Daß hierbei kein grundsätzlicher Kurswechsel in Frage kommen kann, ist durch das Verhalten der Opposition der Rechten klar gestellt worden, d. ganz konsequent die Mitwirkung bei einem umgebildeten Kabinett unter Brüning's Führung abgelehnt hat. Man sieht nicht deutlich, wie groß der Spielraum für die Umbildung nach dieser Erklärung noch sein soll. Gewiß ließe sich die Ersetzung des einen oder anderen Mannes durch einen anderen denken, aber wenn dadurch das Kabinett seinen politischen Charakter nach der einen oder anderen Seite verschoben

würde, gäbe es ja sofort wieder Konflikte mit den rechten oder linken Flügelparteien.

Wenn die Parteien des Reichstages mit dem Verzicht auf populären Beifall, den sie heute auf sich genommen haben, auch ein Stück Verantwortung für die Politik der Notverordnung auf ihre Schultern nehmen, so geben sie dem Kabinett Brüning damit doch keinen Freibrief. Was in diesen Tagen vor sich ging, war bis jetzt die stärkste Erschütterung, der die Regierung ausgeführt war; spätestens im Herbst wird darüber zu urteilen sein, ob das Kabinett seine Zeit zum Besten der Nation genutzt hat. Eine neue Krise von der Art der jetzt abgeschlossenen würde es wohl nicht mehr überstehen können.

Im ganzen läßt sich hoffen, daß von der schnellen und entschlossenen Ueberwindung der schweren Gefahr, in der sich Reich und Volk in den letzten Tagen befanden, die notwendige Beruhigung für das In- und Ausland ausgehen wird. Es war höchste Zeit! Die schwere wirtschaftliche Not unseres Volkes verlangt nach nichts so sehr, wie nach Ruhe, Ordnung und planmäßiger politischer Arbeit.

## Die Lösung der Krise.

Der Vorkessensrat des Reichstages hat, wie im größten Teile unserer gestrigen Auflage bereits mitgeteilt, in einer ganz kurzen Sitzung die vorzeitige Einberufung des Reichstagesplenums gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und des Landvolkes abgelehnt, da die Mandatszahl dieser Parteien nicht die Hälfte der Reichstagsitze, nämlich 289, erreichte. Es fehlten ihnen 24 Stimmen.

Der von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses wurde nachmittags von ihnen wieder zurückgezogen. Ein gleicher kommunistischer Antrag wurde vom Vorkessensrat gegen 225 Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag.

Vorher hatten die Sozialdemokraten noch einmal eine Besprechung mit dem Reichskanzler, in der ihnen gewisse Zusicherungen über die Änderung der Notverordnung gegeben worden sind. Während Änderungen größeren Umfangs erst im Herbst vorgenommen werden sollen, ist jetzt bereits ein Zugeständnis mit Bezug auf die Saisonarbeiter und auf die Jugendlichen und ihre in der Notverordnung stehende Herausnahme aus der Arbeitslosenfürsorge gemacht worden.

Auch die zweite Sitzung des Vorkessensrates des Reichstages ist nun von kurzer Dauer gewesen. Sie brachte die Entscheidung der Lage. Der Reichskanzler hat den sozialdemokratischen Fraktionsvertretern zugesagt, daß er mit ihnen über die von der Sozialdemokratie geforderten Änderungen der Notverordnung verhandeln werde. Da die Sozialdemokratie in dieser Zugabe die Möglichkeit erblickt, im Sinne der von ihr vertretenen Massen zu wirken, war eine Beratung über die Notverordnung im Haushaltsausschuß des Reichstages nach ihrer Ansicht überflüssig geworden. Damit war die Entscheidung in der Krise zugunsten der Reichsregierung ausgefallen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß die Auswirkungen dieser Entscheidung sich auf innen- wie auch auf außenpolitischem Gebiete sehr bald in einem für Deutschland günstigen Sinne bemerkbar machen werden. Es war bezeichnend, daß sich bereits an der Börse eine gewisse Besserung der Stimmung eingestellt hatte, die zu nicht unwesentlichen Kursrückstellungen führte. Man glaubt, daß diese Tendenz auch in den nächsten Tagen anhalten und überhaupt die Wirtschaft auf die politische Beruhigung günstig reagieren wird. Daß eine Krise vermieden wurde, ist nicht zuletzt auf die Bemühungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luithe zurückzuführen, der, wie sein anderer, die Fraktionen auf die Gefahren hinweisen konnte, die kreditpolitisch und in weiterem Sinne reparationspolitisch entstehen müßten, wenn die deutsche Innenpolitik Wege einschlug, von denen heute niemand mit gutem Gewissen jagen kann, wohin sie geführt hätten. Die Sozialdemokratie hat es abgelehnt, obwohl manches sie in diese Richtung drängen mußte, den Widerstand gegen die Notverordnung bis zum äußersten zu steigern. Auch der Gegner wird anerkennen müssen, daß diese Haltung staatspolitisch die einzig mögliche war. Um so notwendiger wird es sein, daß die Reichsregierung ohne die finanzpolitischen und haushaltspolitischen Ziel der Notverordnung in Frage zu stellen, dennoch unbillige Härten aus der Notverordnung, wo sie vorhanden sind, ausmerzt. Aber nicht nur die Reichsregierung und die politischen Parteien

werden aus dieser Krise gewisse Lehren zu ziehen haben. Auch das Ausland, das bisher vielfach nicht an die tragische Entwicklung der Dinge in Deutschland glauben will, wird aus der großen Schwierigkeiten, in denen das Kabinett Brüning gefangen ist und die es nur mit Mühe überwinden konnte, die Schlussfolgerung ziehen müssen, daß eine Entlastung des Druckes, der auf der deutschen Nation materiell und seelisch ruht, eintreten muß, wenn die Dinge nicht übermalen, und zwar bald eine neue krisenhafte Entwicklung nehmen sollen. Diese Erkenntnisse des Auslandes müssen natürlich durch eine entsprechende Außenpolitik der Reichsregierung gefördert werden. Hier bietet sich dem Kabinett Dr. Brüning, das die Junikrise glücklich überstanden hat, ein weites Tätigkeitsfeld.

### Befriedigung in London.

London, 17. Juni. Die heutigen Morgenblätter geben durchweg ihrer Befriedigung über die Abwendung der deutschen Kabinetskrise Ausdruck. Auch Reuters hebt hervor, daß der Kanzler durch seine Festigkeit und seine unerklärliche Haltung einen großen Sieg errungen habe und jetzt, vom Reichstag und den politischen Parteien in Ruhe gelassen, sein Programm der finanziellen Reform durchführen werde, um zu einem angemessenen Zeitpunkt eine Erleichterung der deutschen Reparationslasten beantragen zu können. „Dr. Brüning triumphiert“, überschreibt „News Chronicle“ einen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß die deutsche politische Krise, die seit einigen Tagen in der ganzen Welt Besorgnis hervorgerufen habe, durch einen großen Sieg Brüning's beendet worden sei. Trotz des Geschreies der Politiker habe der Kanzler seinen Willen durchgesetzt.

New York, 17. Juni. Die hiesigen Morgenblätter geben in ihren Leitartikeln einem Gefühl der Erleichterung über die Beilegung der deutschen und englischen Kabinetskrisen Ausdruck. „New York Times“ bemerkt, es sei Grund zur Annahme vorhanden, daß auch die Finanzkrise in Deutschland bald wieder behoben sein werde. „Herald Tribune“ meint, daß die Brüning's Regierung bisher wohl besser Deutschlands Interessen gebietet hätte, als dies einer Mehrheitsregierung möglich gewesen wäre.

### Einlenken Hoovers in der Kriegsschuldenfrage?

London, 17. Juni. Zu der Ankunft des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“, daß Mellon trotz gegenteiliger Versicherungen gekommen sei, um die finanzielle Lage Europas zu prüfen. Ihm auf den Fersen folge Stimson. Sie kommen, so heißt es im Frettdruck, weil Hoover aufrichtig fest davon überzeugt ist, daß etwas in der Frage der Kriegsschulden unternommen werden müsse, wenn ein für Amerika verhängnisvoller finanzieller Zusammenbruch vermieden werden solle. Der Präsident ist hart beunruhigt und trägt sich jetzt mit dem Gedanken einer zweijährigen Suspension aller Reparationen und Kriegszahlungen.

### König Sogu ermordet?

Die amtliche ungarische Telegraphenagentur meldet aus Belgrad, daß König Sogu von Albanien ermordet worden ist. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt in Berlin noch nicht vor.